
Rechtsprechung

Seite

(verlinkt mit Anlagen)

1. Unfall des Eigentümers von Pferdeboxen bei der Rückführung bei ihm eingestellter Pferde von der Weide – Abgrenzung Wie-Beschäftigung zur Gefälligkeitsleistung – Berufungseinlegung durch beigeladene Pferdehalterin bei anschließender Klagerücknahme des Verletzten – Rechtsmittelbefugnis der Beigeladenen aus § 109 SGB VII – Urteil des LSG NRW vom 27.08.2015 – L 15 U 262/14 – DOK 142.1:182.215:186.1:311.01:312 [22 - 35](#)
2. Versicherungsfall bei Nebenbeschäftigung in der Landwirtschaft – Erstattungsanspruch der landwirtschaftl. BG gegen gewerbl. BG, die für Hauptbeschäftigung zuständig ist – Einjahresfrist des § 111 SGB X ist auf Lastenausgleich gemäß § 175 SGB VII nach Gesetzeszweck, Gesetzssystematik und Entstehungsgeschichte der Normen nicht anzuwenden – Lastenausgleich dient ausschließlich Finanzierung im Innenverhältnis – Urteil des BSG vom 23.07.2015 – B 2 U 15/14 R – DOK 163.43 [36 - 44](#)
3. Angriff mit Schusswaffe auf am Taxistand stehenden Taxifahrer – vorangegangene Auseinandersetzung – innerer Zusammenhang mit versicherter Tätigkeit gegeben – gemischte Handlungstendenz – geringfügige Unterbrechung – Unfallkausalität gegeben – kein Fall selbstgeschaffener Gefahr – Urteil des Hessischen LSG vom 29.05.2015 – L 9 U 41/13 – DOK 371:374.26:374.281 [45 - 57](#)
4. BK 3102 – Borrelieninfektion – Nachweis einer das normale Maß übersteigenden Infektionsgefahr – Lyme-Borreliose nicht zweifelsfrei nachgewiesen – keine Regelwidrigkeit des körperlichen Zustands – uneinheitliche Rechtsprechung zu der Frage, ob Borrelieninfektion ohne Krankheitsbild die Voraussetzungen der BK 3102 erfüllt – Revisionszulassung – Urteil des Bayerischen LSG vom 15.04.2015 – L 2 U 40/14 – DOK 376.3-3102 [58 - 71](#)
5. Rentennachzahlung nach Vergleich – Beginn der Verzinsung gemäß § 44 SGB I – Versichertenrente aus UV als antragsunabhängige Leistung – Bedeutung eines nicht erforderlichen Antrags – bei erst nachträglicher Entstehung des Anspruchs ist 2. Antrag erforderlich – bei vollständigem Leistungsantrag ist 2. Alt. des § 44 Abs. 2 SGB I irrelevant – Urteil des LSG Nordrhein-Westfalen vom 08.05.2015 – L 4 U 97/15 – DOK 401.07 [72 - 81](#)

-
6. Jahresarbeitsverdienst – Qualifizierung von „steuerfreien Spesen“ bzw. „pauschal versteuerten Spesen“ – objektive steuerrechtliche Einordnung entscheidend – ArEV gilt auch für Leistungsrecht der gesetzlichen UV – frühere abweichende Rechtsprechung des BSG erging vor Inkrafttreten der ArEV – entgegenstehende Literaturmeinungen sind mit VO-Ermächtigung im SGB IV (zur ArEV) nicht vereinbar – Urteil des BSG vom 23.07.2015 – B 2 U 9/14 R – DOK 402 [82 - 90](#)
7. Arbeitsunfall eines Mehrfachbeschäftigten – Arbeitsunfähigkeit tritt bezüglich Haupttätigkeit früher ein – Weiterzahlung des Verletzten-geldes nur bezüglich des Entgeltverlustes aus Nebentätigkeit – Rentenbeginn jedoch nicht erst mit Wiedereintritt der Arbeitsfähigkeit bezüglich Nebenbeschäftigung – Rente ist bereits ab Wiederauf-nahme der Haupttätigkeit zu zahlen – JAV jedoch für Zeitraum des gleichzeitigen Bezugs von Rente und Verletzten-geld nur aus Entgelt der Haupttätigkeit zu berechnen – Urteil des BSG vom 23.07.2015 – B 2 U 6/14 R – DOK 453:431.3 [91 - 99](#)

Literatur

8. Verschlimmerung als selbständig, quantifizierbare Erkrankung gegenüber einer schon bestehenden Grunderkrankung – abgrenzbare Erkrankung – Abgrenzung der Begriffe Grunderkrankung, Krankheitsanlage und Krankheitsneigung – wesentliche Änderung nach § 48 SGB X – Beweisanforderungen – ICD-10 – aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisstand maßgeblich – Bedeutung von Leitlinien für die Begutachtung – Hinweis auf Aufsatz von Peter Becker, Verschlimmerung in der gesetzlichen Unfallversicherung – DOK 375.1 [100](#)